dfi aktuell

Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg Ausgabe 3|2025

Aus dem Inhalt

dfi analyse

Frankreich in der Krise: von der politischen Instabilität zur Gesellschaftskrise? – *Seite 1*

dfi information

Innovation in einem grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum – Exkursion von TUM Campus Heilbronn und dfi nach Karlsruhe und Straßburg – *Seite 4*

„Geschichte prägt uns, auch wenn wir sie nicht kennen“ – Polen, ein Land im Wandel. Europaseminar von Gips-Schüle-Stiftung und dfi in Warschau – *Seite 6*

dfi service

Impressum / Termine – *Seite 1*

Frankreich in der Krise: von der politischen Instabilität zur Gesellschaftskrise?

Bei seiner Regierungserklärung vor der Nationalversammlung am 14. Oktober 2025 hat Premierminister Sébastien Lecornu das Aussetzen der Rentenreform vorgeschlagen
© Service photographique de Matignon

dfi analyse

Nach dem „Neustart des Motors“ anlässlich der deutsch-französischen Regierungskonsultationen in Toulon Ende August 2025 waren die letzten Wochen in Frankreich durch innenpolitische Instabilität und Lähmung gekennzeichnet.

Nach dem Sturz der Regierung Bayrou am 9. September beauftragte Präsident Macron zunächst mit Sébastien Lecornu einen langjährigen Gefolgsmann mit der Regierungsbildung. Dieser kündigte angesichts der verfahrenen Situation eine neue Vorgehensweise an und führte über mehrere Wochen Sondierungsgespräche, ehe er schließlich ein Kabinett vorstellte - nur um am darauffolgenden Tag, dem 6. Oktober, bereits wieder seinen Rücktritt zu verkünden. Nachdem er aber vom Präsidenten direkt wieder mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, gelang ihm dies im zweiten Anlauf. Nach seiner Regierungserklärung in der Nationalversammlung überstand er schließlich zwei Misstrauensvoten und brachte gerade noch fristgerecht einen Haushaltsentwurf für 2026 ins Parlament ein. Sollte es ihm nun gelingen, das Parlament einzubinden und im parlamentarischen Verfahren eine Zustimmung zu seinem Haushalt zu bekommen, hätte er eine Mission impossible gemeistert und fürs erste sein Amt gerettet.

Der Preis dafür, dass zumindest die sozialistische Partei (Parti socialiste, PS) ihm nicht umgehend das Misstrauen ausgesprochen hat, ist hoch. Lecornu musste anerkennen, dass sich die Kräfte- und Machtverhältnisse in der Assemblée nationale verändert haben, und auf die Sozialisten zugehen. Er verpflichtete sich, zukünftig auf die Anwendung des Verfassungsartikels 49.3 zu verzichten, der es der Regierung eigentlich erlaubt, das Parlament zu disziplinieren und die Handlungsfähigkeit der Exekutive auch in komplizierten Zeiten zu garantieren.

Außerdem musste Lecornu akzeptieren, dass die wichtigste Reform der zweiten Amtszeit Emmanuel Macrons (seit 2022) zumindest ausgesetzt wird. Die von den linken Parteien, den Gewerkschaften und weiten Teilen der Bevölkerung vehement abgelehnte Rentenreform soll bis zur nächsten

Fortsetzung nächste Seite

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
www.dfi.de
info@dfi.de
Redaktion:
Irene Lindauer-Grözinger
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Stefan Seidendorf

Termine

8. Dezember 2025
Mitgliederversammlung des dfi, Ludwigsburg

Newsletter dfi aktuell abbestellen:
https://www.dfi.de/index.php?id=104

Fortsetzung von der vorigen Seite

Präsident Emmanuel Macron (links) im Gespräch mit Bundeskanzler Friedrich Merz (rechts) am Rande des Deutsch-Französischen Ministerrates in Toulon, August 2025 © Bundesregierung / Steffen Kugler

Präsidentschaftswahl (2027) nicht weiter umgesetzt werden. Stattdessen soll erneut in einem Dialogprozess mit den Sozialpartnern über diese Reformbaustelle beraten werden. Diese Ankündigung der „Aussetzung" war das minimale Entgegenkommen, um zumindest den PS davon abzuhalten, der Regierung unmittelbar das Misstrauen auszusprechen.

Jenseits der geschickten Verhandlungstaktik von Premierminister Lecornu stellt sich die Frage nach der Natur der französischen Krise. Nach zwei Präsidentschaftswahlkämpfen (2017/2022), in denen jeweils die Kandidatin der extremen Rechten, Marine Le Pen, in die Stichwahl kam, nach dem unklaren Ausgang der Parlamentswahlen 2022, und erst recht nach den von Präsident Macron veranlassten Neuwahlen 2024, scheinen das Land wie die Wählerschaft ermattet von einem permanenten Ausnahmezustand an den Wahlurnen. Anstelle eines „normalen" demokratischen Ablaufs, bei dem jeweils wählbare Alternativen zur Auswahl stehen, sind die Bürgerinnen und Bürger der demokratischen Mitte an den Urnen immer wieder angehalten, strategisch zu wählen: Ihre Erstpräferenz möglicherweise aufzugeben oder zu ignorieren, um so zu verhindern, dass die extreme Rechte die Parlamentswahlen gewinnen oder sogar in den Élyséepalast einziehen könnte. Drei Interpretationen, die einander nicht ausschließen, versuchen der „Natur der Krise" auf den Grund zu gehen.

Führungskrise?

In einer ersten Sichtweise liegt die Ursache der gegenwärtigen politischen Instabilität in erster Linie bei den handelnden Akteuren. Emmanuel Macron gelang es, als Präsident 2022 wiedergewählt zu werden und dabei die „einzige Alternative" zur Wahl der rechtsextremen Marine Le Pen zu verkörpern. Dass die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler in der Stichwahl in erster Linie eine Entscheidung gegen Marine Le Pen war, weniger eine für Macron, zeigte sich jedoch bei der folgenden Parlamentswahl: Zur allgemeinen Überraschung bekam Macrons Partei keine eigene Mehrheit. Gleichzeitig ging zum ersten Mal in der Geschichte der V. Republik auch keine alternative Regierungsmehrheit aus den Wahlen hervor.[1] Bis dahin hatten die Wahlen nahezu ausnahmslos zu einem Parlament geführt, in dem sich zwei große Blöcke („Links" und „Rechts") gegenüberstanden. Daraus ergab sich entweder der Regierungsauftrag, oder die Rolle als Opposition, zwischen den Blöcken gab es keine Kooperation. Seit 2022 stehen sich im Parlament drei politische Lager unversöhnlich gegenüber. Emmanuel Macron, der sich mit dieser Situation nicht abfinden wollte, nutzte die Gelegenheit 2024 zur Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen – die die Dreiteilung des Parlaments jedoch bestätigten und das Präsidentenlager weiter schwächten.

Dennoch nimmt Macron sich politisch nicht zurück. Vielmehr will er auch weiterhin die Tagespolitik mit seiner Agenda bestimmen. Die von ihm seit seiner Wiederwahl ernannten Premierminister (Elisabeth Borne, Gabriel Attal, Michel Barnier, François Bayrou und zuletzt Sébastien Lecornu) entstammen alle seinem eigenen politischen Lager oder stehen diesem nahe. Der Präsident beruft sich darauf, dass im Parlament auch keine alternative Mehrheit existiert, die eine Regierung unterstützen könnte – weder als „Union des droites", als eine Verbindung der verschiedenen rechten und rechtsextremen Parteien, noch als „Linksfront" vom PS über die Grünen und den PCF bis zu LFI. Doch zur Überwindung der Krise müssten die handelnden Personen (insbesondere der Präsident selbst, aber auch die Vertreter der Parteien in der Assemblée nationale) ihre politischen Praktiken überdenken und angesichts der Machtverhältnisse im Parlament auch zu lagerübergreifenden Kompromissen bereit sein.

Der Präsident müsste akzeptieren, dass unklare Mehrheitsverhältnisse das Parlament in seiner Rolle stärken. Die Abgeordneten müssten Verantwortung übernehmen und im parlamentarischen Verfahren an der Entwicklung und Verabschiedung von Gesetzen arbeiten, für die es dann von Fall zu Fall Mehrheiten gibt. Gerade im laufenden Haushaltsverfahren zeigt sich, dass damit harte parlamentarische Ausschussarbeit und das Ringen um Kompromisse verbunden ist.

Diese Lesart greift jedoch möglichweise zu kurz. Die Verfassungspraxis der V. Republik hat seit de Gaulle den Präsidenten zur zentralen Figur gemacht, die für „Stabilität" sorgt und durch die besonderen Befugnisse (wie Präsidialerlasse) Kontinuität staatlichen Handelns auch in (parlamentarischen) Krisenzeiten garantiert. Wenn jedoch das Wahlsystem (Mehrheitswahl in zwei Wahlgängen in 577 Wahlkreisen), das auf „stabile Mehrheiten" im Parlament abzielt (auch auf Kosten einer geringeren demokratischen Repräsentativität), nicht mehr in der Lage ist, klare Verhältnisse herzustellen, kann sich – wie jetzt der Fall – eine politische Dauerblockade einstellen, die auch der Präsident nicht aufzulösen vermag. Es wäre also an der Zeit, das Institutionengefüge der V. Republik zu überarbeiten und zu modernisieren.

Regimekrise?

Vertreter dieser Linie, etwa der Historiker Christophe Prochasson im Nouvel'Obs (9/10/2025), sehen die grundsätzlicheren Probleme in der institutionellen Ordnung der V. Republik. Diese spiegele demnach nicht mehr den gegenwärtigen Zustand einer Gesellschaft wider, die auf demokratische Teilhabe und Mitbestimmung auch jenseits repräsentativer Verfahren dränge und vor allem nicht mehr ohne weiteres bereit sei, die vertikale Machtausübung des Präsidenten zu akzeptieren.

Den weitreichenden Vollmachten des Präsidentenamtes sind noch alle Amtsinhaber der V. Republik erlegen, alle stellten letztendlich die Effizienz ihres Regierungshandelns über die Forderungen nach demokratischer Teilhabe jenseits von Wahlen. Doch das scheint immer schlechter zu funktionieren. Emmanuel Macron konnte letztlich nur eineinhalb Jahre „durchregieren", ehe Entscheidungen zu Tempolimits auf Landstraßen und zur Erhöhung der Benzinsteuer 2018 die Gelbwestenbewegung auslösten, die das politische Paris bezeichnenderweise nicht hatte kommen sehen. Nur unter Einsatz erheblicher finanzieller Mittel und von Formaten, bei denen Bürgerinnen und Bürger ihre Sorgen und Anliegen einbringen konnten („grand débat" und Klimabürgerrat) gelang es dem Präsidenten, den Unmut in der Bevölkerung zu dämpfen. Doch auch wenn sich Macron damals einsichtig gab und einen neuen Politikstil versprach – geändert hat sich schlussendlich wenig. Auch unter dem Eindruck externer Krisen (Corona...) ist er immer wieder dem Reflex erlegen, weitreichende Entscheidungen zu treffen, ohne wichtige gesellschaftliche Kräfte einzubeziehen oder zu

1 Nach seiner Wiederwahl löste François Mitterrand 1988 das Parlament auf. Die Parlamentswahlen gewann sein Linksbündnis mit relativer Mehrheit. Die Regierung (Premierminister Rocard) suchte die fehlenden Stimmen zur Mehrheit fallweise links (Parti communiste français) und im gemäßigten Zentrum (UDR).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

konsultieren – seien es Parteien, Gewerkschaften oder Bürgermeister. Die ungeliebte Rentenreform 2023 und die überraschende Auflösung des Parlaments nach der verlorenen Europawahl 2024 stehen sinnbildlich für eine immer weiter gewachsene Entfremdung zwischen Präsident und Bevölkerung.

Ob es allerdings damit getan ist, dass Emmanuel Macron seinen Posten (spätestens im Mai 2027) räumt, ist durchaus fraglich. Möglicherweise muss sich Frankreich dauerhaft auf fehlende Mehrheitsverhältnisse im Parlament einstellen.

Die Veränderung der bisherigen Konstellation zeichnete sich bereits 2017 ab, als Präsident Macron das Links-Rechts-Schema für obsolet erklärte und mit seiner liberalen Zentrumsbewegung direkt die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung erringen konnte. Damit verbunden war eine echte Erneuerung des Parlamentsbetriebs. 415 der insgesamt 577 Abgeordneten zogen zum ersten Mal ins Parlament ein. Auch bei den folgenden Wahlen 2022 erholten sich die früheren Regierungsparteien PS und LR nicht, aber auch das Präsidentenlager verlor die absolute Mehrheit. Überraschend war, dass der RN 2022 erstmals 89 Wahlkreise gewinnen konnte. Bisher hatte das Mehrheitswahlsystem und die Absprachen zwischen den anderen Parteien verhindert, dass die Rechtsaußenpartei zählbare Erfolge erzielen konnte.

Unter dem Einfluss der extremen Pole rechts (RN) und links (LFI) der Mitte setzen alle politischen Kräfte auf Zuspitzung und Abgrenzung, um sich unterscheidbar zu machen und an Sichtbarkeit zu gewinnen. Das gilt erst recht nach der überraschenden Auflösung der Nationalversammlung durch Präsident Macron im Frühjahr 2024. Die vorgezogenen Parlamentswahlen verstärkten die 2022 beobachtbaren Trends: die Zustimmung zum Lager des Präsidenten ging weiter zurück. Der RN wurde zur größten Einzelfraktion (126 Abgeordnete), das (labile) Linksbündnis Nouveau Front Populaire (NFP) zum größten Block der neuen Nationalversammlung mit 193 Abgeordneten. Die Parteien des Präsidentenlagers verfügen zusammen über 166 Abgeordnete. Keine Fraktion und kein Parteienbündnis kommt in die Nähe der 289 Abgeordneten, die für eine absolute Mehrheit notwendig wären.

Die aus dem Mehrheitswahlrecht entstehende „Stabilität“ der zwei politischen Lager existiert offensichtlich nicht mehr. Bei elf Fraktionen und insbesondere angesichts des starken Abschneidens von RN und LFI kann auch von einer fehlenden Repräsentativität keine Rede mehr sein, der man mit einer Reform hin zu einem Verhältniswahlrecht begegnen müsste. Schließlich könnten die Abgeordneten schon heute dem Präsidenten die Macht des Parlaments entgegensetzen, wenn sie sich zur Zusammenarbeit entschließen würden, um Verantwortung in einer schwierigen Situation zu übernehmen und Handlungsfähigkeit zu beweisen. Unter anderem aus Angst vor dem weiteren Bedeutungsverlust bei ihrer Wählerschaft verweigern sie jedoch Koalitionen oder eine inhaltliche Kooperation, die nicht als Kompromiss, sondern als kompromittierend verstanden und von den Wählern abgestraft würden.

Vor diesem Hintergrund könnte man auch zu dem Schluss kommen, dass sich eine Krise abzeichnet, die über die Präsidentschaftswahlen hinaus anhalten und es erforderlich machen wird, die Funktionsweisen der französischen Demokratie zu hinterfragen. Als ein Lösungsweg wird dabei häufig die Einführung direktdemokratischer Elemente genannt, die allerdings erhebliche Risiken bergen, vor allem wenn solche Instrumente auf nationaler Ebene zum Einsatz kommen sollen. Referenden können von Populisten verhältnismäßig leicht instrumentalisiert werden (siehe Brexit) und bei Formaten wie einem Bürgerrat sind das Verfahren und das Erwartungsmanagement entscheidend, wenn nicht mehr Schaden als Nutzen entstehen soll. Dies gilt etwa für den von Macron initiierten Klimabürgerrat und den damit letztendlich verbundenen Frustrationen.

Gesellschaftskrise?

Eine dritte Lesart der Krise stellt die gesellschaftliche Entwicklung in den Vordergrund.[2] Umfragen zeigen eindeutig, dass die Phase politischer Instabilität und Blockade ihre Spuren bei den Wählern hinterlässt. Die seit zwölf Jahren durchgeführte Umfrage „Fractures françaises“ verdeutlicht etwa die weitere Zunahme von Misstrauen in die Institutionen. Insbesondere zeigt sich ein tiefer Graben zwischen Wählern und Mandatsträgern. 96 % der Befragten sind unzufrieden oder sogar wütend über den Zustand des Landes, 90 % sehen das Land „im Niedergang“. Das Unvermögen des Parlaments, nach 2022 der unverändert vertikalen Machtausübung des Präsidenten etwas entgegenzusetzen, hat zu einem hohen Ansehens- und Vertrauensverlust sowohl in die Person

Demonstration der Gelbwesten rund um den Kreisverkehr von La Vaugine in Vesoul (Haute-Saône), 17.11.2018 © Obier, via wikimedia commons

des Präsidenten, als auch in die Institution des Parlaments geführt.

Noch ist unklar, ob sich dahinter auch eine weitergehende Krise der französischen Demokratie und sogar der französischen Gesellschaft verbirgt. Einerseits spricht etwa der französische Politikwissenschaftler und Soziologe Vincent Tiberj[3] in diesem Zusammenhang von der „großen Kapitulation“, dem frustrierten Rückzug der Wählerinnen und Wähler, die sich zwar rechtsextreme Positionen nicht zu eigen machten, die aber sowohl die Regierungspolitik, als auch die etablierten Oppositionsparteien ablehnen und auch als geringeres Übel nicht länger unterstützen wollen. Zunehmend nehmen sie deshalb zumindest in Kauf, dass dem RN von Marine Le Pen und Jordan Bardella die Verantwortung für das Land zufallen könnte, nachdem alle anderen Alternativen nicht zu dem erhofften politischen Wandel geführt haben. Für Tiberj ist das jedoch nicht gleichbedeutend mit einem Rechtsruck, einer „Rechtsradikalisierung“ der Gesellschaft. Diese sieht er eher im medialen Dauerfeuer der rechtskonservativen Privatmedien des Geschäftsmanns und Milliardärs Bolloré.

Gilles Finchelstein kommt in seiner Zusammenfassung von Schlüsselerkenntnissen der „Fractures françaises“ zu einem ganz anderen Schluss und spricht von einer „extremen Rechtsverschiebung der Parteipräferenzen“[4]. Befragt nach ihrer Parteipräferenz – „welcher Partei fühlen Sie sich am nächsten?“ – bekennen sich demnach 22 % zum RN, weit vor den zweitplatzierten Sozialisten (8 %) und allen anderen Parteien.[5] Gefragt danach, ob das Gesellschaftsmodell, das von der jeweiligen Partei verkörpert wird, insgesamt wünschens-

2 So Gérard Grunberg schon im Frankreich Jahrbuch 2013, ders: „Frankreich in der Krise“, S. 69-79 in: dfi (Hrsg. 2014): Frankreich in der Krise: die Suche nach dem verlorenen Selbstverständnis. Frankreich Jahrbuch - Wiesbaden: Springer.

3 Vincent Tiberj (2024) : La droitisation française. Mythe et réalités. Paris : Presses universitaires de France. In diesem Buch erinnert Tiberj außerdem an bestimmte chronische Defizite von Umfragen, wie beispielsweise die Unterschätzung der Ergebnisse linker Parteien, und fordert dazu auf, diese kritisch zu betrachten.

4 Gilles Finchelstein: « Fractures françaises » : l'extrême droitisation des préférences partisanes, Fondation Jean Jaurès (20/10/2025).

5 Anmerkung: Diese Zahlen finden sich nur in der Kurzanalyse und sind nicht in der öffentlich zugänglichen Version « Fractures Françaises » (https://www.sciencespo.fr/cevipof/fr/etudes-enquetes/enquete-fractures-francaises/) enthalten.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

wert ist, bekennen sich 38 % zum vom RN vorgeschlagenen Gesellschaftsmodell, 33 % zum Ideal des hier zweitplatzierten PS. Was die Glaubwürdigkeit angeht und die Fähigkeit, das Land zu regieren, liegt der RN nur einen Prozentpunkt hinter LR und 17 Punkte vor Macrons Renaissance. Diese Werte zeigen die großen Veränderungen seit 2020, insbesondere was den RN betrifft, begleitet von einem Niedergang der entsprechenden Werte auf der Linken und im Zentrum.

Möglicherweise lassen sich diese Befunde auch damit erklären, dass sich nicht die Einstellung der französischen Bürger geändert hat, sondern dass die Wahrnehmung des RN nicht mehr dieselbe ist, dass Marine Le Pens „Entdämonisierung" ihrer Partei also Früchte getragen hat. Während zwei Drittel der Befragten sich weiterhin dem demokratischen System verbunden fühlen und den RN als „rechtsextreme Partei" betrachten, hält fast die Hälfte der französischen Bevölkerung die Partei für regierungsfähig. Dies scheint darauf hinzudeuten, dass ein Teil der Zustimmung, die sie erhält, eindeutig eine Unterstützung für eine rechtsextreme Partei zum Ausdruck bringt. Und so wundert es nicht, dass fast 90 % aller Befragten die Auffassung teilen, dass es einen „Chef" brauche, der Ordnung schafft und einen klaren Rahmen vorgibt. Und vergleichbar zu den Wahlerfolgen der AfD, finden auch in Frankreich 42 % der Befragten unter 35 Jahren, ein „anderes" System als die Demokratie wäre „mindestens ebenso gut"[6].

Trotz ihrer spezifischen Ausprägungen bleibt doch bemerkenswert, dass die „französische Krise" zugleich eine (gesamt-)europäische ist. Der vergleichende Aspekt wird bei den hier rezipierten französischen Versuchen, die jüngste politische Instabilität zu erklären, oft ausgeblendet. Dabei findet sich ein vergleichbares Muster ja auch in den Niederlanden, in Italien, in Österreich, in Polen und nicht zuletzt in Deutschland: Unsere Gesellschaften befinden sich im Wandel, in einer fundamentalen „Transformation", in der gesellschaftliche Grundüberzeugungen und politische Orientierungen zur Disposition stehen.[7] Die Auflösung traditioneller politischer Milieus und die zunehmende Polarisierung haben Folgen für die parlamentarische Mehrheitsbildung. Die politischen Entscheidungsfindungsprozesse werden dadurch erheblich erschwert und zwangsläufig verlangsamt in einer Zeit raschen Wandels, die nach „entschiedener Führung" verlangen würde. Doch nichtsdestotrotz gilt: Wenn sich die gemäßigten Parteien der Mitte in der jetzigen Situation unfähig bzw. unwillig zeigen, auch schwierige Kompromisse einzugehen, um die von der Bevölkerung eingeforderte Handlungsfähigkeit der Politik unter Beweis zu stellen, wird die autoritäre Versuchung nur größer. Viel Zeit bleibt nicht mehr bis zu den Präsidentschaftswahlen 2027, die bereits jetzt das politische Geschehen in Frankreich zunehmend bestimmen. Spätestens dann wird sich zeigen, ob die Französinnen und Franzosen bereit sind, sich auf ein sehr gewagtes Experiment einzulassen, das nicht nur für Frankreich, sondern auch für Deutschland und ganz Europa erhebliche Unsicherheiten und negative Konsequenzen hätte.

6 Antoine Bristielle: Fractures françaises 2025 : la lassitude de la société française, Jean Jaurès Stiftung, 20.10.2025
7 S. Deutsch-Französisches Institut (2025): Wandel gestalten: Deutsch-französische Antworten auf die Transformation unserer Gesellschaften. Frankreich Jahrbuch 2024. – Baden-Baden: Nomos.

Stefan Seidendorf ▸ seidendorf@dfi.de

Innovation in einem grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum

Exkursion von TUM Campus Heilbronn und dfi nach Karlsruhe und Straßburg

Wie lassen sich die wirtschaftlichen und unternehmerischen Herausforderungen einer grenzüberschreitenden Region bewältigen? Wie reagieren Unternehmen auf beiden Seiten einer Grenze auf diese Herausforderungen – und wie gelingt es ihnen, daraus Chancen für Innovationen zu entwickeln? Diese Fragen sind von besonderer Bedeutung für die Oberrheinregion, in der grenzüberschreitende Zusammenarbeit zum Alltag gehört.

Gruppenbild bei Let's Dev © dfi

Um tiefere Einblicke in die wirtschaftliche und innovative Landschaft dieser besonderen Region zu gewinnen, organisierten das Deutsch-Französische Institut (dfi) und der TUM Campus Heilbronn am 18. und 19. September eine zweitägige Exkursion in die Innovationslandschaft am Oberrhein. Daran nahmen 15 internationale Studierende der TUM teil. Für einige von ihnen war es die erste deutsch-französische Erfahrung – zugleich eine Gelegenheit, sich mit den rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen grenzüberschreitender Kooperationen zu befassen.

Die ersten Programmpunkte widmeten sich der Frage, wie Innovationen gezielt unterstützt werden können. Am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) konnten sich die Teilnehmenden mit Mitarbeitenden der **Gründerschmiede** – darunter **Sandra Schöttelndreier** – unterhalten. Die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

Dr. Clémentine Roth (Steinbeis Europa Zentrum) stellt ihre Tätigkeiten vor © dfi

KIT-Gründerschmiede bündelt alle Aktivitäten zu den Themen Gründung und Entrepreneurship, um mehr Wirkung für unsere Gründerteams zu erzielen. Die Gruppe traf sich dann bei einem Mittagstisch mit **Dr. Clémentine Roth** vom **Steinbeis-Europa-Zentrum** (SEZ). Dort erklärte sie, wie das SEZ Innovationen fördert und unterstützt – insbesondere im europäischen Kontext.

Der nächste Termin fand im Alten Schlachthof Karlsruhe statt. Nach einer Führung von **Steffen Buhl** durch **Perfekt Futur**, ein Gründungszentrum, das Gründerinnen und Gründern den Einstieg in die berufliche Selbständigkeit erleichtert, konnten die Studierenden das Softwareunternehmen **Let's Dev** besuchen, dessen Geschäftsführer **Dr. Karl-J. Wack** die Tätigkeiten und Projekte seiner Firma vorstellte. Bei diesem Termin zeigte sich, wie wichtig es ist, als Softwareunternehmen die digitalen Bedürfnisse der Kunden zu verstehen, um passende Anwendungslösung anzubieten.

Den Abschluss des ersten Exkursionstags bildete ein Besuch bei **ADDI-DATA** am Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden. Dort konnte der Geschäftsführer **René Ohlmann** die Aktivitäten seines im Jahr 1984 gegründeten Unternehmens, das hochwertige industrielle Mess- und Automatisierungssysteme anbietet, präsentieren. Besonders interessant für die Studierenden war die Frage der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Firma befindet sich beiderseits des Rheins, und arbeitet seit 2013 in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe und der CCI d'Alsace Eurométropole, um den industriellen und technischen Nachwuchs zu fördern.

Am folgenden Vormittag stand die Softwarebranche erneut im Mittelpunk. In Kehl besuchte die Gruppe die Softwarefirma **Actimage**. Nach einer Präsentation des Unternehmens durch den Geschäftsführer **Dr. Marc Lott** wurden den Studierenden konkrete Projekte vorgestellt, darunter ein automatisches Türöffnungssystem. Die Präsentation von Softwarelösungen durch Programmierer und Geschäftsführung wurde von den Studierenden besonders geschätzt, da sie die Erfahrungen von allen Beteiligten hörten.

Die Studierenden und Oliver Klein (TUM Campus Heilbronn) bei der Sofwarefirma Actimage © dfi

Anschließend stand ein Termin im **Europäischen Zentrum für Verbraucherschutz** (EZV) auf dem Programm, einem Verein, der sich mit Fragen des Verbraucherschutzes auf deutsch-französischer und europäischer Ebene widmet. Im Gespräch mit **Peter Koop Juhani** und **Stephan Riegger** konnten Einblicke in diese für die Bürgerinnen und Bürger wichtige Dimension der europäischen Integration gewonnen werden. Das EZV spielt an dieser Stelle eine wichtige Rolle: Allein im Jahr 2024 fanden 50.000 persönliche Beratungen statt. Davon wurden 75 % der Fälle erfolgreich gelöst und 4,8 Millionen Euro für Verbraucherinnen und Verbraucher erstritten.

Der letzte Termin der zweitägigen Exkursion fand bei der **CCI Eurométropole** mit **Frank Rotter**, Direktor der grenzüberschreitenden Kooperation, statt. Die Einrichtung zielt darauf ab, die Interessen von Handels- und Industrieunternehmen gegenüber den Behörden zu vertreten. In seiner Präsentation betonte er, wie wichtig eine deutsch-französische bzw. grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein für die wirtschaftliche Entwicklung des Gebiets sei. Zum Abschluss der Reise konnten die Studierenden während einer Führung von Stefan Seidendorf mehr von der Stadt Strasbourg erfahren.

Dank der Exkursion konnten die Teilnehmenden diese grenzüberschreitende Region besser verstehen. Ein Student fasste es so zusammen: „Ich habe vor allem etwas über grenzüberschreitende Vorschriften, Verbraucherrechte und die Bedeutung des Datenschutzes in der EU gelernt. Außerdem habe ich Einblicke in die starke Unterstützung für Start-ups gewonnen." Ein anderer ergänzte, dass er sich jetzt „zuversichtlicher fühle hinsichtlich [seiner] zukünftigen beruflichen Karrieremöglichkeiten innerhalb der EU und insbesondere im Oberrheinraum".

Baptiste Bouchet, Stefan Seidendorf
Kontakt: ▸ bouchet@dfi.de

Gruppenbild beim Besuch der KIT-Gründerschmiede

© KIT-Gründerschmiede

„Geschichte prägt uns, auch wenn wir sie nicht kennen“ – Polen, ein Land im Wandel

Europaseminar von Gips-Schüle-Stiftung und dfi in Warschau

Mit Dorota Łoboda im polnischen Parlament © dfi

Eine Woche voller Eindrücke, Gespräche und unerwarteter Begegnungen: Im Rahmen ihres Stipendiums hatten 13 Stipendiatinnen und Stipendiaten der Gips-Schüle-Stiftung die Gelegenheit, am Europaseminar in Warschau teilzunehmen. Seit 2019 organisiert das dfi diese jeweils einwöchigen Studienreisen im Auftrag der in Stuttgart ansässigen Stiftung. Dabei werden verschiedene Partnerländer Deutschlands besucht. Mit Polen und seiner Hauptstadt Warschau stand in diesem Jahr der östliche Nachbar auf dem Programm.

Ziel der Reisen ist es, das Land, seine Geschichte und aktuelle politische sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen besser kennenzulernen. Damit gehört das Seminar zu den dfi-Angeboten im Bereich politische Europabildung. Zentraler Bestandteil sind Gespräche und Diskussionen mit einflussreichen Akteuren und wichtigen Persönlichkeiten aus dem Gastland.

„Ich fand es unglaublich wertvoll, so lange nach der Schule nochmal eine Gelegenheit zu bekommen, sich der politischen Bildung zu widmen und wirklich nochmal in das Thema europäische Union einzutauchen in einem Umfeld aus lauter interessierten, engagierten und netten Menschen.“ (*)

In diesem Jahr standen sowohl Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch Politikerinnen Rede und Antwort. Sie ermöglichten aus erster Hand und unterschiedlicher Perspektive einen Einblick in die aktuelle politische Lage Polens. Dabei standen Fragen zum Verständnis von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Polarisierung der Gesellschaft ebenso im Mittelpunkt, wie der Blick auf das deutsch-polnische Verhältnis, die geopolitischen Veränderungen im Osten Europas oder die erstaunliche Wirtschaftsdynamik des Landes.

„Es [das Europaseminar, SB] ist ein tolles Angebot und ich habe in dieser Woche sehr viel gelernt - über einen großen deutschen Nachbar, ein tolles Land mit viel Geschichte, spannender Kultur und großem Optimismus.“ (*)

Diese intensive Begegnung mit Land und Leuten machte immer wieder deutlich, welche Bedeutung die Vergangenheit für die polnische Gesellschaft heute noch hat. Es gab kaum ein Gespräch, in dem die besonderen historischen Erfahrungen des Landes nicht thematisiert wurden. **Janusz Reiter, erster polnischer Botschafter in Deutschland nach der Wende**, brachte es auf den Punkt: *„Die Geschichte eines Landes prägt die Menschen, auch wenn sie die Geschichte nicht kennen.“* Gerade in unserem Verständnis des deutsch-polnischen Verhältnisses sollte sich diese Aussage bewahrheiten.

Zunächst erlaubten jedoch zwei offizielle deutsche Einrichtungen in Warschau einen raschen Einstieg in die aktuellen deutsch-polnischen Beziehungen. Neben dem Besuch des **Goethe-Instituts Warschau**, seiner Sprachabteilung und seiner Bibliothek bot der Besuch in der **Deutschen Botschaft in Warschau** einen Überblick über den „offiziellen“ deutschen Blick auf das gegenwärtige Polen. Die überraschende Einladung des Botschafters zur „Nacht der Deutschen Einheit“ war für die Gruppe ein tolles Erlebnis, um sich aufs „diplomatische Parkett“ zu begeben.

Weitere „offizielle“ Termine waren der Besuch des **polnischen Parlaments**, des **Sejm**, und der Austausch mit Dorota Łoboda, einer Abgeordneten der **Bürgerplattform im Parlament**, sowie ein Gespräch im **Warschauer Stadtrat**, zu dem uns die Stadträtin Agata Diduszko-Zyglewska in die 20. Etage des Kulturpalast eingeladen hatte. Bei beiden Gelegenheiten trafen die Studierenden auf sehr engagierte Frauen. Ihre Themen waren zum einen das Bildungssystem und zum anderen die Entwicklung der Stadt Warschau

Gespräch mit Janusz Reiter, ehem. polnischer Botschafter in Deutschland © E. Plöchinger

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

angesichts von Klimaanpassung, Tourismus und infrastruktureller Entwicklung.

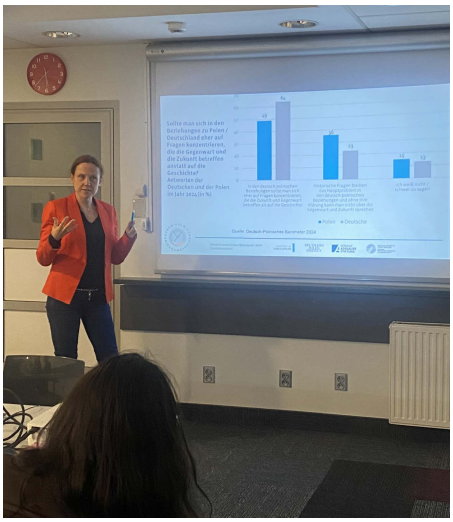
Daneben erlaubte der intensive Austausch mit Vertreterinnen der polnischen Zivilgesellschaft ein besseres Verständnis des teilweise schwierige Verhältnisses Polens zur EU. Zwar betonte Ewelina Górecka, die Geschäftsführerin der **Robert-Schuman-Stiftung in Polen**, dass nach wie vor knapp 80% der Polen pro-europäisch geprägt sind, wobei wie in vielen anderen EU-Ländern europakritische Stimmen in der jüngsten Bevölkerungsgruppe der 17-24-jährigen durch Desinformationskampagnen in den sogenannten Sozialen Medien gefördert werden. Die Schwierigkeiten, gegen solche Kampagnen anzugehen und die jungen Menschen entsprechend auf andere Art zu erreichen, bleibt Aufgabe vieler Organisationen und Institutionen. Auch für die Presse gilt dies und wurde im Gespräch mit Bartosz T. Wieliński, dem stellvertretenden Chefredakteur der liberalen **Tageszeitung Gazeta Wyborcza** thematisiert.

In der Redaktion der Gazeta Wyborcza © dfi

Dabei ging es jedoch vor allem um die Schwierigkeiten, mit denen sich die Redaktion angesichts des autoritären Vorgehens der PIS-Regierung gegenüber oppositionellen Medien konfrontiert sah.

„... Auch bei Bartosz Wieliński von der Gazeta Wyborcza konnte man dies spüren. Diese Passion, für die Demokratie einzustehen, habe ich definitiv mitgenommen und versuche sie so lange es geht zu behalten. (...)
Bedrückend war allerdings die Statistik, die zeigte, welche Vorurteile und Meinungen Deutsche von Pol:innen und umgekehrt haben. Auch welche Wirkung die Propaganda der PIS-Partei zeigte. ...“ (*)

Die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem zunehmend polarisierten Meinungs- und politischen Klima griff dann auch Urszula Karaś auf, die für die Nichtregierungsorganisation (NGO) **„More in Common“** die Ergebnisse einer repräsentativen Jugendstudie aus dem Frühjahr 2025 präsentierte. Die Bevölkerungsgruppe der 18-29-Jährigen ist die erste Generation, die Polen erst als Mitgliedsland der Europäischen Union kennengelernt hat. Sie hat somit keine eigene Erfahrung mehr mit einem totalitären System. Eine Mehrheit der hier Befragten zeigte sich jedoch desillusioniert und gab an, von der Politik keine Unterstützung mehr zu erwarten. Das führt dazu, dass sie spontan weder mit der liberalen, noch mit der konservativen Partei sympathisieren und sich stattdessen häufig für die radikalen Ränder auf der linken und rechten Seite interessieren – auch dies ein Phänomen, das aus vielen europäischen Ländern bekannt ist.



Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen Institut © dfi

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt das Deutsch-Polnische Barometer. Bei dieser Umfrage, die seit 20 Jahren regelmäßig u.a. vom **Deutschen Polen Institut (DPI)** in Darmstadt durchgeführt wird, geht es um deutsch-polnische Wahrnehmungen. Die stellvertretende Direktorin des DPI, Agnieszka Łada-Konefał, erläuterte die interessanten Erkenntnisse, die eine vergleichende Zeitreihenuntersuchung liefern kann. Während die Assoziationen zu Deutschland von polnischen Befragten heute wieder mehrheitlich durch historische Bezüge geprägt sind, antworten deutsche Befragte mit Tourismus und Kultur als häufigster Assoziation. Die Studie zeigt aber auch, dass grundsätzlich eine Mehrheit die Beziehungen zwischen den beiden Ländern als positiv bewertet.

Die grundsätzlich positive Stimmung zeigte sich auch im Gespräch mit Referenten der **Außenhandelskammer in Warschau**. Anna Kowalczyk und Christopher Fuß berichteten über die positive Wirtschaftsentwicklung und -lage Polens, das die Herausforderungen der Transformation stemmt. Dabei war gerade auch die Entwicklung der engen wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland sehr spannend und teilweise überraschend. So ist Polen keineswegs mehr die *„verlängerte Werkbank“*, sondern längst ein wichtiger Partner auf Augenhöhe für die deutsche Wirtschaft geworden. Die Wirtschaft Polens entwickelt sich deutlich schneller und wachstumsstärker, als die in Deutschland. Diese dynamische Ausgangslage hat zur Folge, dass Polen bereits seit 2016 kein Auswanderungsland mehr ist, sondern im Gegenteil viele Ein- und Rückwanderer verzeichnen kann.

„Am meisten überrascht hat mich während des Europaseminars, wie wenig ich persönlich im Vorfeld wirklich über Polen, die dortigen gesellschaftlichen Verhältnisse, und die politischen Vorgänge der letzten Jahre mitbekommen habe. Im Kontrast dazu stand für mich, wie gut sich der Großteil unserer Gesprächspartner mit Deutschland auskannte, und wie akzentfrei und perfekt einige von ihnen Deutsch sprachen. Für mich blieb dadurch der Eindruck eines deutlichen Ungleichgewichts des Stellenwerts der Deutsch-Polnischen Beziehung zwischen den jeweiligen Gesellschaften zurück.“ (*)

Diese dynamische Gründerstimmung erlebte die Gruppe dann live beim Besuch eines polnischen Unternehmens. Kacper Koniarski, Co-Founder und technischer Leiter der **Nevomo GmbH**, eines Unternehmens, das zu **Magnettechnik** im Schienenverkehr forscht und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

seit Gründung stark expandiert, vermittelte den Teilnehmenden aus Deutschland, dass Schienenverkehr nicht gleichbedeutend mit Krise und Verspätung sein muss. Die von ihm entwickelte zukunftsweisende Technik selbstfahrender Container und Güterwagen wird auch in Deutschland bereits im Bereich Logistik eingesetzt, z.B. im Hafen von Bremen beim Umladen von Schiffen auf die Schiene.

Ein immer wieder angesprochenes Thema war neben der Bedeutung der Vergangenheit die Rolle der Frauen in der polnischen Gesellschaft. Nachdem Polen 1932 als erstes europäisches Land Abtreibungen unter bestimmten Voraussetzungen straffrei stellte, ist das Thema der Schwangerschaftsunterbrechung heute gesellschaftlich erneut sehr umstritten. Der von der abgewählten nationalkonservativen PiS-Regierung angefachte Kulturkampf führte nach der Wende dazu, dass Abtreibungen erneut kriminalisiert wurden, was umgekehrt zu landesweiten großen Protestaktionen führte. Insbesondere im Gespräch mit Małgorzata Kopka Piątek, Vorstandsmitglied und leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin am **Institute of Public Affairs**, wurde die gesellschaftliche Bedeutung des Themas hervorgehoben. Sie vermittelte einerseits die harte Position der katholischen Kirche. Dem steht andererseits eine liberalere Praxis gegenüber, die auch in Polen durch das kommunistische Regime umgesetzt wurde.

Und so kam auch bei diesem Thema unvermeidlich wieder der Bezug zur Vergangenheit auf. Während der „3. polnischen Teilung“, der 123 Jahre andauernden Besetzung und Aufteilung des Landes von 1795-1918 durch Preußen, Russland und Österreich-Ungarn, wurde die polnische Kirche als Garant für die Erhaltung der polnischen Sprache und Traditionen, und damit letztendlich eines polnischen Nationalbewusstseins, gesehen. Verbunden mit der historischen Rolle ihres Oberhauptes Papst Johannes Paul II., des „polnischen Papstes“ und Erzbischofs von Krakau, beim Sturz des Kommunismus in den 1980er Jahren, ergibt sich daraus bis heute die besondere Rolle, die die polnische katholische Kirche gesellschaftlich und politisch beansprucht. Gleichzeitig zeigen sich insbesondere in den großen Städten Polens ähnliche Entwicklungen, wie sie auch in anderen europäischen Ländern das Verhältnis zwischen Religion, Kirche und Bevölkerung kennzeichnen. Der Besuch bei Maryna Czapliński, die den **„Klub der Katholischen Intelligenz“** vorstellte, verdeutlichte gut, wie sich die Gewichte zwischen katholischen Laienorganisationen und der Amtskirche auch in Polen verschieben.

Gespräche zwischendurch © dfi

Falls noch nötig, vermittelten die Besuche der Gruppe in zwei Warschauer Museen eindringlich die Bedeutung der Vergangenheit für die polnische Identität. Beim Besuch im **Museum des Warschauer Aufstands** wurde den Teilnehmenden vor Augen geführt, mit welchem Mut und welcher Entschlossenheit sich die Bevölkerung 1944 gegen die deutsche Besatzung stellte – und welchen hohen Preis sie dafür zahlen musste. Ebenfalls tief beeindruckend war das **Museum der Geschichte der polnischen Juden**, das nicht nur das jüdische Leben in Polen vor dem Holocaust dokumentiert, sondern auch die tiefen Wunden, die der Zweite Weltkrieg und die Shoah hinterlassen haben.

„Ich bin euch von Herzen dankbar für die tolle Möglichkeit am Europaseminar teilnehmen zu dürfen!! Die Organisation war wirklich eine Meisterleistung und ich habe einen Einblick in die polnische Politik und Lebensrealität gewonnen, der mich dem Land deutlich nähergebracht hat und viel Stoff zum Nachdenken gegeben hat.“ (*)

Trotz aller Schwierigkeiten der Vergangenheit, trotz der realen Bedrohung durch Russland waren es der Optimismus und die Zuversicht, die bei allen Gesprächspartnern überwogen und die die Studierendengruppe besonders beeindruckte. Die Offenheit und Unbefangenheit der Referentinnen und Referenten ermöglichten nicht nur den Informationsaustausch, sondern sorgten dafür, dass die Studienreise für alle Beteiligten zu einem persönlichen Erlebnis wurde, das ihnen ihr gemeinsames Europäertum bewusster machte. Dabei kam der Begegnung mit dem **„Kreisauer Kreis“** und seinem Vertreter Dr. Tomasz Skonieczny nochmals eine besondere Bedeutung zu. Der stellvertretende Direktor der **Europaakademie der Stiftung Kreisau für europäische Verständigung** erläuterte anschaulich, wie Vergangenheit und Zukunft heute in Europa zusammengehen. Das Rittergut Kreisau in Schlesien, historisch der Sitz der im Widerstand gegen das NS-Regime aktiven Familie von Moltke, dient heute als Jugendbegegnungsstätte. Dabei haben sich die Initiatoren nicht nur eine deutsch-polnische Mission gegeben, sondern sie zielen darauf ab, dass sich alle Besucherinnen und Besucher Kreisaus als junge Europäer erleben. Skonieczny erläuterte auch die Strategien und Ansätze, um die jüngere Generation bei ihrer Aneignung einer gemeinsamen europäischen Vergangenheit zu begleiten. Unter anderem dem **Deutsch-Polnischen Geschichtsbuch** kommt hier eine herausragende Bedeutung zu, was natürlich bei den Vertretern des dfi auf offene Ohren stieß.

Nacht der deutschen Einheit - mit Botschafter Miguel Berger © dfi

Es ist der Gips-Schüle-Stiftung besonders hoch anzurechnen, dass sie mit dem Europaseminar seit vielen Jahren langfristig ein Instrument der politischen Europabildung entwickelt hat, finanziert und fördert, welches den beteiligten Stipendiatinnen und Stipendiaten einen solchen persönlichen Eindruck und die persönliche Begegnung mit anderen Europäerinnen und Europäern ermöglicht. So werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten, Fragestellungen und die Verschiedenartigkeit der Perspektive auf andere Weise vermittelt, werden greifbar und erweitern den persönlichen Horizont.

Stefan Seidendorf, Susanne Binder
Kontakt: ▸ binder@dfi.de

(*) Zitate aus einer Umfrage unter den Seminarteilnehmenden